



Kirchenvertreter: "System Billigfleisch" überwinden - Sozialpfarrerin fordert EU-weite Regeln für die Fleischindustrie

Dortmund/Schwerte (epd). Angesichts des Corona-Ausbruchs bei dem Fleischkonzern Tönnies fordern Vertreter der westfälischen Kirche die Politik zum Handeln auf. Das "System Billigfleisch" müsse überwunden werden, heißt es in einer am Montag veröffentlichten Erklärung des Amtes für Mission, Ökumene und kirchliche Weltverantwortung (MÖWe) und des Instituts für Kirche und Gesellschaft der Evangelischen Kirche von Westfalen (EKvW). Die Sozialpfarrerin der westfälischen Kirche, Heike Hilgendiek, mahnte EU-weite Regelwerke an.

Das Arbeitsschutzprogramm für die Fleischwirtschaft könne nur ein erster Schritt sein, erklärte Hilgendiek. "Darüber hinaus müssen alle Regelungslücken geschlossen werden und mindestens EU-weite Regelwerke geschaffen werden, die menschenwürdige und gerechte Arbeits- und Lebensbedingungen herstellen", sagte Hilgendiek in Schwerte dem Evangelischen Pressedienst (epd). Über die bisher angekündigten Maßnahmen hinaus sei die grundsätzliche Diskussion der Produktionsbedingungen überfällig.

Der Markt dürfe nicht allein darüber entscheiden, welche Produkte verkauft werden, erklärte die Landespfarrerin der westfälischen Kirche für

Wirtschaft, Arbeit und Soziales. Er müsse durch rechtliche Rahmenbedingungen gezügelt werden, die prekäre Arbeit, Ausbeutung von Mensch und Tier und die weitere Gefährdung des Planeten verhindern. Eine an Massentierhaltung orientierte Fleischproduktion stehe dem Menschen- wie dem Tierwohl entgegen, kritisierte Hilgendiek.

Die Regionalpfarrerin des Amtes für MÖWe im Kirchenkreis Gütersloh, Kirsten Potz, forderte die Abschaffung des Subunternehmertums und der Ausbeutung der Werksvertragsarbeiter. "Wer die Augen vor diesen menschenunwürdigen Arbeits- und Wohnbedingungen nicht verschlossen hat, für den ist es ein Wunder, dass es erst jetzt zu einer Katastrophe gekommen ist, die hoffentlich alle aufrüttelt", erklärte Potz.

Auch die Landwirte leiden nach Worten des Pfarrers für nachhaltige Entwicklung vom Institut für Kirche und Gesellschaft, Volker Rotthauwe, unter dem Corona-Ausbruch und dem System Billigfleisch. Die niedrigen Preise würden sie in eine Fleischproduktion zwingen, die vor allem Masse verlange. Die extrem schwierige Situation, in der nun viele Landwirte wegen der Schließung von Tönnies seien, zeige dass eine Ernährungswende nötig sei. Der Theologe mahnte eine Tier-

haltung und Landwirtschaft an, die nachhaltiger und damit auch krisenfester sei.

Auch die Beauftragte für den kirchlichen Entwicklungsdienst der westfälischen Kirche, Katja Breyer, forderte, "eine Agrarpolitik in der EU und Deutschland, die es Landwirten ermöglicht, nachhaltig Landwirtschaft zu betreiben und eine Handelspolitik, die Bauern in Entwicklungsländern nicht in den Ruin treibt". Dafür seien Gesetze notwendig, die die Ausbeutung der Arbeiter in Schlachthöfen beendet. Ein entsprechendes Gesetz müsse deutsche Unternehmen verpflichten, Menschenrechte und Umweltstandards auch entlang ihrer weltweiten Lieferketten zu achten.

In der vergangenen Woche hatte bereits die westfälische Präses Annette Kurschus gefordert, dass die Unterbringungssituation und die Hygienestandards in den Sammelunterkünften in den Blick genommen werden müssten. "Nicht zuletzt braucht es eine neue gesellschaftliche Debatte über unser Konsumverhalten sowie Dumpingpreise und Dumpinglöhne in der Fleischindustrie", hatte Kurschus erklärt, die auch stellvertretende Ratsvorsitzende der Evangelischen Kirche in Deutschland ist. epd-West spi nf